

anwärter von vormals 1.070 in diesem Jahr auf nunmehr weniger als 500 pro Jahr reduziert wurde. Zwei von vier Polizeischulen werden geschlossen. Dabei steigt in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich die Kriminalität und hat, wie der Kollege Kruse ausgeführt hat, im Vorjahr mit 1,5 Millionen Straftaten eine neue Rekordhöhe erreicht. Gleichzeitig fällt stetig die Aufklärungsquote. Ich möchte deutlich herausstellen: Wenn das so weiter geht, dann gute Nacht!

Mit unserem Antrag wollen wir den Weg zu einer effektiveren Kriminalitätsbekämpfung beschreiten. Das hat, Frau Düker, nichts, aber auch gar nichts mit Aktionismus zu tun. Wir wollen und wir werden, spätestens nach dem 22. Mai dieses Jahres, die Sicherheit aktiv gestalten.

Die CDU-Fraktion wird die Polizeipräsenz auf der Straße erhöhen. Wir wollen mehr Wachpolizei. Wir wollen mehr Ordnungskräfte. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist dazu der Weg, mit dem Ziel, die Alltags- und Massenkriminalität zu bekämpfen.

Wir wollen die Ordnungspartnerschaften weiterentwickeln. Hier ist in der Tat mehr drin. Gerade bei der Bekämpfung von niederschweligen Massendelikten sind gelebte Ordnungspartnerschaften von großer Bedeutung. Die beteiligten Ordnungspartner wirken zusammen, um gemeinsam, jeder im Rahmen seiner Aufgaben und Kompetenzen, geeignete Präventionskonzepte umzusetzen.

Viele Behörden fühlen sich jedoch bei der Umsetzung der Ordnungspartnerschaften alleine gelassen. Bei einer schönen Sonntagsrede hat der amtierende Ministerpräsident gesagt, dass Kriminalprävention ein zentraler Ansatz im Kampf gegen Kriminalität und Gewalt sei, ein Ansatz, der in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird - schöne Worte. Anspruch und Wirklichkeit, Reden und Handeln - der Unterschied ist bei dieser Landesregierung einfach zu groß. Kriminalität kann man nicht mit Sprüchen, sondern nur mit Taten bekämpfen. Sprüche, meine Damen und Herren, wurden genug gemacht.

In unseren Kommunen, in unseren Kreisen, stehen den Polizeibehörden starke Partner zur Verfügung. In enger Kooperation und Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden kann die öffentliche Sicherheit und Ordnung von der Polizei effizient und effektiv gewährleistet werden.

Insbesondere durch unsere Landräte, Herr Minister, die gleichzeitig auch Leiter von Kreispolizeibehörden sind, entstehen Synergieeffekte und Bündelungsvorteile auf dem Feld "Straßenverkehr", im Rettungsdienst, Feuer- und Katastro-

phenschutz, Ausländerwesen, bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und Sozialleistungsmissbrauch, im Waffenwesen, bei der Jugendhilfe, bei den ordnungsbehördlichen Aufgaben, Amtshilfen bei der Kriminalprävention und in kommunalen Ordnungspartnerschaften.

Diese Synergieeffekte, die die Verknüpfung von Polizei- und Kreisverwaltung durch die Person des Landrats bringt, wollen Sie zerschlagen, Herr Minister. Selbst in dem von den Koalitionsfraktionen bestellten Bericht zur Neuorganisation der Polizeibehörden in NRW wird ausdrücklich festgestellt, dass die kleineren, orts- und bürgernahen Behörden sehr gute Arbeitsergebnisse liefern.

Meine Damen und Herren, die Polizei hat die verfassungsrechtliche Schutzpflicht, für das Leben und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Unser Gesetzentwurf trägt dieser Schutzpflicht Rechnung. Er beinhaltet die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in Nordrhein-Westfalen und führt zu einem ganz klaren Kurs in der Innenpolitik. Wir bitten heute, der Überweisung in die Fachausschüsse zuzustimmen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollege Kress. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir stimmen ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/6587 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform** - federführend - und an den **Rechtsausschuss** sowie außerdem noch an den **Hauptausschuss**. Wer diese Überweisungsempfehlung annimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(**Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen**)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:**

Ich rufe auf:

- 6 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Ände-**

**rung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6200

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 13/6600

In Verbindung damit:

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005) und zur Änderung anderer Gesetze**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/6201 und 13/6286

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 13/6601

zweite Lesung

Meine Damen und Herren, das war lang, aber das Verlesen musste sein. – Ich rufe als erste Rednerin die Kollegin Walsken für die SPD-Fraktion auf.

Auf der Tribüne begrüße ich 60 Stabsoffiziere eines Lehrgangs aus Hürth. Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

**Gisela Walsken (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Der Titel ist zweifelsohne lang, aber ich werde in meinen Ausführungen zum zweiten Nachtrag versuchen, ein bisschen Licht in die ganze Sache hineinzubringen.

Wir diskutieren heute die Nachtragshaushalte für das Jahr 2004 und 2005 hauptsächlich deshalb, weil wir enorme Steuereinnahmeausfälle ausgleichen müssen. Uns fehlen im großen Umfang Einnahmen, wie die beiden Steuerschätzungen im vergangenen Jahr gezeigt haben. Insgesamt reden wir über Mindereinnahmen in Höhe von über 1,4 Milliarden € gegenüber dem Haushaltsplan 2005.

Meine Damen und Herren, trotz schwieriger, in wesentlichen Teilen konjunkturbedingter Rahmenbedingungen bleiben wir unserer haushaltspolitischen Grundlage und Grundlinie treu. Das heißt, wir wollen den beginnenden Aufschwung nicht durch neue zusätzliche Sparpakete gefährden, und wir nehmen keine neuen Schulden für zusätzliche Ausgaben auf, sondern decken sie – wenn sie erforderlich sind – seriös in den entsprechenden Einzelplänen in den einzelnen Fachbereichen, auch wenn den Ausgaben im Haushaltsplanentwurf jetzt meist gesetzliche Ansprüche zugrunde liegen.

Ich stelle noch einmal fest: Wir haben in NRW zurzeit ein Einnahmeproblem, nicht ein Ausgabeproblem. Nur deshalb erlauben wir uns, fehlende Steuereinnahmen in der genannten Größenordnung durch neue Schuldenaufnahmen auszugleichen. Nicht zur Finanzierung weiterer politischer Initiativen oder Politikbereiche müssen wir Schulden machen, sondern entsprechende Steuermindereinnahmen ausgleichen.

Meine Damen und Herren, ich sage deutlich: Wir sind uns bewusst, dass wir auch Schulden zurückführen werden, sobald sich die Steuereinnahmen verbessern, wovon wir ausgehen.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Denn auch wir wissen ganz genau, wie wichtig der Schuldenabbau für die politische Handlungs-

fähigkeit künftiger Generationen auch in diesem Hause ist. Ich meine tatsächlichen Schuldenabbau und nicht nur die Absenkung der Neuverschuldung.

In den Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses teilten wir uneingeschränkt die in den beiden Nachtragshaushalten umgesetzte haushaltspolitische Linie der Landesregierung. Bis heute übrigens bleibt diese Linie hier in diesem Hause ohne erkennbare politische Alternativen. Weder die CDU- noch die sie begleitende FDP-Fraktion haben bis heute an irgendeiner Stelle deutlich gemacht, wie sie mit dieser haushaltspolitischen Situation umgehen würden. Selbst im neuen Wahlprogramm der CDU wird nichts zur Erhellung beigetragen. Dort heißt es:

"Wir wollen den Dschungel der Förderprogramme und Projektförderungen, Einzeltöpfe und Beschäftigungsprogramme lichten, ..."

Was das bedeutet - kürzen oder streichen, was kürzen und wie viel streichen? -, wird nicht klar.

Auf der anderen Seite - das zu betonen ist mir wichtig - legen Sie ein Wahlprogramm auf, das nach Ihren eigenen Berechnungen 1,8 Milliarden € kostet. Dies finanzieren Sie durch Kürzungen beim Personal der inneren Landesverwaltung und bei Subventionen, die Sie nicht näher definieren.

Meine Damen und Herren, es ist mir wichtig, das heute noch einmal zu sagen; denn gerade beim Personal ist das eine interessante Position. Sie haben uns schon einmal jährliche Einsparungen von 1,5 % beim Personal der inneren Landesverwaltung vorgeschlagen - wobei Sie nie klar definiert haben, wer das ist. Sind das auch die Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer, die Umsatzsteuerbetrugsbekämpfer und die Hochschullehrer, die Sie immer ausnehmen wollen? Oder wollen Sie auch bei ihnen kürzen?

Oder sind es die Personalstellen in der allgemeinen Verwaltung? Davon haben wir allerdings nur 25.000. An dieser Stelle hier haben wir schon einmal diskutiert, dass eine Kürzung von 1,5 % - wenn sie in Ihrem Landeswahlprogramm denn überhaupt noch gilt - noch nicht einmal 400 Stellen entspricht. Und Sie wissen, dass wir einschließlich der Auswirkungen aus der Arbeitszeitverlängerung über 9.000 kw-Vermerke haben.

Meine Damen und Herren, insofern halte ich es für außerordentlich schwierig, heute hier neue Schulden zu beklagen - ich bin sicher, dass Herr Kollege Diegel das gleich wieder tun wird -, obwohl Sie bis heute - ich sage es einmal deutlich -

zu feige waren, klar zu machen, wo Sie entsprechend einsparen wollen. Sie lassen die Bürgerinnen und Bürger im Unklaren. Sie machen sie in Ihrem Wahlprogramm sogar leichtsinnig glauben, dass man in diesem Land ohne Weiteres Milliardenbeträge einsparen könne.

Sie wollen Personal entlassen; denn nur dann ist das Ganze auch kassenwirksam im Haushalt zu verbuchen. Ich bin der Ansicht, dass gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Landesverwaltungen und Behörden, für die wir hier Verantwortung tragen, eine verlässliche Politik verdient haben.

Deshalb fordere ich Sie noch einmal auf, Herr Kollege Diegel, heute oder morgen klar zu machen, wohin der Kurs geht. Kommen Sie aus der Deckung. Sagen Sie den Bürgern in NRW endlich, wie Sie eine solche Situation bewältigen wollen.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs erwähnt, dass der Landeshaushalt in der Hauptsache ein Einnahmeproblem hat. Deshalb halten es die Koalitionsfraktionen für richtig und auch für sinnvoll, im Nachtragshaushalt 2005 ein entscheidendes Signal zu setzen, und zwar zum einen ein Signal zur Verbesserung der Einnahmesituation und zum anderen konsequenterweise ein Signal zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze in der Finanzverwaltung.

Wir werden zusätzlich 210 Finanzanwärterinnen und -anwärter ausbilden, um sie nach ihrer Ausbildung in die Erhebungsstellen der Finanzämter zu übernehmen. Das heißt im Klartext: Wir bilden zusätzliche Beamtinnen und Beamte aus, um sie ganz genau dort einzusetzen, wo das Land seine Einnahmen verbessern kann, nämlich in den Finanzämtern vor Ort.

Weil wir unserer eigenen haushaltspolitischen Leitlinie treu sind und sie konsequent ernst nehmen, decken wir die entsprechenden Mehrausgaben von immerhin gut 1 Million € im Einzelplan 12, d. h. im Einzelplan der Finanzverwaltung, vollständig und auch seriös.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass dieses Signal nicht zuletzt von den zuständigen Gewerkschaften positiv aufgenommen worden ist. Sie sehen unser Bemühen, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen kleine arbeitsmarktpolitische Impulse zu setzen. Insofern halte ich es auch für wichtig, dieses Signal hier und heute dem Parlament zur Beschlussfassung vorzuschlagen.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Herr Kollege Diegel, auf eine Sache muss ich noch eingehen, obwohl sie aus meiner Sicht eigentlich relativ wenig mit dem Haushalt zu tun hat. Sie haben heute Morgen wieder einmal einen "verfassungswidrigen Rundumschlag" - so will ich das einmal nennen - gemacht und über Ihren "Haus- und Hofgutachter" - ich erlaube mir, das in Anführungszeichen so zu sagen - Erkenntnisse zitiert, nach denen der Haushalt 2004 verfassungswidrig sei.

Wir alle sind ganz gespannt auf die Begründung. Wir kennen sie nicht. Wir lesen nur in Ihrer Presse, der Grund dafür sei, dass wir erst morgen den zweiten Nachtrag für das Jahr 2004 verabschiedeten. Das ist richtig; das ist erkennbar nach Jahresende, wie der Blick in den Kalender zeigt.

Herr Kollege Diegel sieht in dieser Verfahrensweise aber das Parlament - so sagt er wörtlich - "seiner Gestaltungsfunktion beraubt" und die Transparenz gefährdet. Lieber Herr Kollege Diegel, werfen wir einmal einen Blick in die Landeshaushaltsordnung. Als Haushalter sollten wir ja häufiger damit arbeiten. § 33 Satz 2 lautet:

"Der Entwurf"

- gemeint ist der Haushaltsplanentwurf -

"ist bis zum Ende des Haushaltsjahres einzubringen."

Das war ohne Frage der 31. Dezember 2004. Exakt und genau dies ist auch geschehen. Die Drucksache 13/6200 - der Präsident hat sie eben zitiert - wurde uns am 15. November 2004 zugeleitet. Wir haben diesen Gesetzentwurf am 25. November 2004 ins Parlament eingebracht und gleichzeitig in erster Lesung debattiert.

Den Zeitplan - da ist es gut, sich ab und zu einfach einmal zu erinnern - haben wir gemeinsam festgelegt: alle Fraktionen einvernehmlich im Ältestenrat. Einstimmig!

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Ich erinnere daran, dass Ihre erste Intention sogar war, den Zeitraum der Beratungen entgegen der Intention der Koalitionsfraktionen noch länger auszudehnen - deutlich über das morgige Datum hinaus. Deshalb bin ich bei dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit außerordentlich gelassen, Herr Kollege Diegel.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Petitesse feststellen. Sie sagen in Ihrer Presse, dass Sie nur dann gegen diese angebliche Verfassungswidrigkeit klagen wollen - man höre und staune! -, wenn Sie die Landtagswahl nicht gewinnen.

(Helmut Stahl [CDU]: Das wäre allerdings ganz ungewöhnlich!)

Das hat mich nun außerordentlich erstaunt. Ist die Androhung einer Verfassungsklage denn taktisches Kalkül? Oder was verbirgt sich dahinter, Herr Kollege?

Ich sage abschließend: Unter diesen Umständen sehen wir der Klage gelassen entgegen. Ich gewinne gerne mit unserem grünen Partner die Landtagswahl. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Diegel.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Jetzt bin ich aber gespannt, Herr Diegel! Ihnen stehen die verfassungsrechtlichen Bedenken ja schon ins Gesicht geschrieben! - Hans-Willi Körfges [SPD]: Er sieht immer so aus!)

**Helmut Diegel (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine flapsige Bemerkung zurück an den Ministerpräsidenten: Ich frage Sie, ob Sie noch einmal sechs Flaschen Wein verlieren wollen. Sie haben bei unserer ersten Klage auch schon sehr vollmundig erklärt, wir würden vor dem Verfassungsgericht nicht gewinnen. Sie wissen, dass Sie damals sechs Flaschen Wein verloren haben. Lassen wir das Spielchen einmal sein!

Es geht in der Tat um etwas ganz Ernstes. Es geht darum, dass uns ein Nachtragshaushalt vorgelegt worden ist, bei dem wir alleine in Bezug auf den Doppelhaushalt 2004/2005 von einer Netto-neuverschuldung von über 12 Milliarden € ausgehen. Wir halten das für unverantwortlich, Frau Walsken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies haben Sie zu verantworten!

Frau Walsken, wenn wir darüber reden, um welche Probleme es geht, dann negieren Sie hartnäckig, dass es um ein Ausgabenproblem geht. Sie sagen, wir hätten ein Einnahmeproblem. Ich denke, wir wissen das in der Zwischenzeit alle viel besser. Das können Sie aber hier im Parlament nicht zugeben.

Und wir haben insbesondere auch ein Problem, das man Verschätzproblem nennen könnte. Möglicherweise handelt es sich aber auch um ein bewusstes Verschätzen im Hinblick auf die Probleme.

me in diesem Lande. Nehmen wir uns die Zeit, darauf einmal einzugehen.

Herr Finanzminister, Sie haben sich im Jahre 2003 um 2,9 Milliarden € verschätzt, Sie haben sich im Jahre 2004 um 1,76 Milliarden € verschätzt. Herr Finanzminister, Sie haben sich im Haushaltsplan 2005 bis jetzt um 1,4 Milliarden € verschätzt. Meine Damen und Herren und Frau Walsken, nehmen Sie eigentlich nicht zur Kenntnis, dass man sich allein für den Doppelhaushalt 2004/2005 bei der Nettoneuverschuldung um 50 % verschätzt hat? Das alles kann doch kein Zufall sein!

Insofern wundert es sicherlich Sie und uns natürlich auch nicht, dass in der Zwischenzeit die Presse auf dieses Thema aufmerksam wird. Ich zitiere einmal mit Genehmigung des Präsidenten aus der "Aachener Zeitung" die Ausführungen von Herrn Goebels. Das Zitat lautet:

"Wenn Nordrhein-Westfalens Finanzminister Dieckmann aber die Steuereinnahmen für zwei Jahre um 3 Milliarden € zu hoch einschätzt, muss sich der Herr der Löcher wohl die Frage nach der Seriosität seines Zahlenwerks gefallen lassen."

Genau so ist es, meine Damen und Herren. Ich will dazu auch deutlich daran erinnern - Frau Walsken, Sie waren dabei -, dass auch der Bund der Steuerzahler anhand der Ist-Zahlen für die Jahre 2001 und 2002, als Herr Steinbrück noch Finanzminister war, die Schätzabweichungen in die Anhörung eingebracht hat. Auch seinerzeit hat man sich schlicht um 4 Milliarden € verschätzt. Das heißt, Herr Dieckmann befindet sich voll in der Spur von Herrn Steinbrück. In den letzten fünf Jahren hat man sich hier schlichtweg um 10 Milliarden € verschätzt.

Diese rot-grüne Regierung "vereichelt" das Land. Gott bewahre uns davor, dass das nach dem 22. Mai so weitergeht.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich bin mal gespannt, was jetzt kommt!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch konkret Stellung nehmen zu den Haushalten 2004 und 2005. Zu 2004 liegt inzwischen der Kassenabschluss vor. Wir wissen, dass die Landesregierung 481 Millionen € mehr an Krediten aufgenommen hat, als ihr Ermächtigungen vorgelegen haben.

Was heißt das? - Das heißt, dieser Finanzminister hat ohne irgendeine Rechtsgrundlage fast eine halbe Milliarde € zusätzlich an Schulden gemacht. Er ist so verfahren, obwohl er weiß, dass die Lan-

desverfassung etwas anderes vorschreibt. Die Landesverfassung schreibt vor, dass die Landesregierung nur solche Kredite aufnehmen darf, die das Parlament vorher bewilligt hat.

Es ist schon eine Farce, dass wir einen solchen Nachtrag jetzt, nach Ablauf des Jahres, behandeln. Aber die Frage nach dem Ob und Wie muss natürlich sehr genau beleuchtet werden.

Herr Dieckmann, Sie sind selber Jurist - lassen wir einmal Herrn Birk außen vor - und wissen, dass das Verfassungsgericht NRW 1994 schon einmal etwas zur vorherigen parlamentarischen Ermächtigung festgeschrieben hat. Zu Ihrer Erinnerung möchte ich das dem Parlament - mit Genehmigung des Präsidenten - vortragen. Das Verfassungsgericht NRW sagt:

"Die vorherige parlamentarische Ermächtigung hat die Funktion, das parlamentarische Budgetrecht gegenüber der Gefahr faktischer Aushöhlung durch eine weit reichende Bindung zukünftiger Finanzmittel zu sichern."

Herr Dieckmann, genau diese Situation ist doch eingetreten. Wir zahlen in den nächsten Jahren Zinsen für Kredite, die Ihnen vorher niemand bewilligt hat. Dies im Nachhinein noch durch eine Einwilligung Ihrer Koalitionsfraktionen per Mehrheit genehmigen zu lassen, ist nicht nur nicht vorgesehen, sondern das ist verfassungswidrig. Sie wissen auch, dass Sie sich bei diesem Sachverhalt auf tönernem Boden bewegen.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch auf den Haushalt 2005 zu sprechen kommen: Der Haushalt 2005 ist mindestens so unseriös geplant wie der Haushalt 2004. Auch das steht schon fest. Herr Ministerpräsident, Sie wissen doch sehr genau, dass Sie die Steuereinnahmen um 300 Millionen € zu hoch geschätzt haben. Das weiß die Ministerpräsidentenkonferenz, das weiß auch die Finanzministerrunde. Herr Dieckmann weiß das auch.

Meine Damen und Herren und Herr Ministerpräsident, vielleicht passen Sie jetzt einmal auf, weil es noch ein besonderes Faktum gibt, das es bisher in Nordrhein-Westfalen auch noch nicht gegeben hat. Denn mit dem Haushalt 2005 soll morgen in dritter Lesung die mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung für die nächsten Jahre zur Kenntnis genommen werden.

Darin prognostizieren Sie die Einhaltung der Verfassungsgrenze bezüglich der Nettoneuverschuldung für die kommenden Jahre. Wenn man Ihnen das abnimmt, was im Haushalts- und Finanzaus-

schuss vorgetragen worden ist, so konnte man in diesem Ausschuss dem auch zustimmen.

Die Wahrheit, meine Damen und Herren Abgeordneten, ist aber eine andere. Diese Wahrheit ist allerdings in ihrer Auswirkung verheerend. Uns hat gestern ein Papier erreicht, das den Ministerpräsidenten und alle Minister im Kabinett erreicht hat. Darin geht es um die Aufstellung des Entwurfs eines Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2006/2007 und die Finanzplanung bis 2009.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Ganz korrekt!)

Was steht dort auf Seite 3 als Anweisung für alle Häuser? - Ich zitiere wieder mit Genehmigung des Präsidenten:

"Um dieses Ziel erreichen zu können, können die Ausgabenansätze der Einzelpläne aus der am 24.11.2004 vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nicht die Eckpunkte für die Haushaltsaufstellung 2006/2007 werden. Vielmehr sind die Ausgabevolumina der Einzelpläne um die bisher lediglich als Globalpositionen erfassten globalen Mehreinnahmen von jeweils 215 Millionen € sowie die Minderausgaben von jeweils 850 Millionen € in 2006 und 2007 zu reduzieren."

Meine Damen und Herren, was heißt das? - Das heißt nichts anderes, als dass Ihnen heute schon gegenüber der morgen zu beratenden und zur Kenntnis zu nehmenden mittelfristigen Finanzplanung jährlich 1,1 Milliarden € fehlen. Meine Damen und Herren, mit Ihrer Finanzplanung führen Sie diesen Landtag bewusst vorsätzlich hinters Licht.

(Minister Jochen Dieckmann: Das steht doch da drin!)

- Ja, aber es widerspricht Ihrer mittelfristigen Finanzplanung vom 24.11. Das wissen Sie sehr genau. Diese können wir nicht mehr positiv zur Kenntnis nehmen, wenn wir ein solches Geheimpapier aus Ihrem Ministerium kennen.

(Heiterkeit bei der SPD - Ministerpräsident Peer Steinbrück: Geheimpapier? Quatsch! Das ist doch versandt worden!)

- Das ist nicht versandt worden, Herr Ministerpräsident. Das ist uns per Zufall zugespielt worden, so wie das eine oder andere Papier aus Ihrer Staatskanzlei kommt.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Regen Sie sich nicht so auf. Wer schreit, hat immer Unrecht, Herr Ministerpräsident. Das müssten Sie wissen. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gelten für Sie nicht. Sie verschleiern, vertuschen und tricksen, damit Sie Ihr völliges Versagen in der Finanzpolitik nicht vor der Landtagswahl erläutern müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, um zum Schluss zu kommen: Ministerpräsident Wulf hat ausgerechnet, dass für 1 Million € Kreditaufnahme in den darauf folgenden 18 Jahren 2 Millionen € an Zinsen zu zahlen sind. Wenn wir diesen Nachtrag so verabschieden, würden wir für 12 Milliarden € in den nächsten 18 Jahren mehr als 24 Milliarden € an Zinsen bezahlen. Das halten wir für eine Schuldentreiberei. Das ist ein Zukunftsrisiko für dieses Land.

Dies kennzeichnet die katastrophale rot-grüne Bilanz: Sie haben die Personalkosten nicht im Griff. Sie können die Personallawine nicht stoppen. Die Investitionen werden weiter gekürzt. Sie haben ein strukturelles Defizit. Sie sind in die Zinsfalle gelaufen. Sie verstaatlichen ohne Grund die Landesforstverwaltung. Sie höhlen das Budgetrecht des Parlaments aus.

Meine Damen und Herren, das Fazit ist: Dieser Haushalt ist ein Beleg dafür, dass Sie die Zukunftsdiebe unseres Landes sind. Damit muss am 22. Mai dieses Jahres Schluss sein! - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Diegel. - Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt der Kollegin Freimuth das Wort.

**Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Der zweite Nachtragshaushalt 2004 und der erste Nachtragshaushalt 2005 belegen wieder einmal sehr deutlich und für jedermann nachprüfbar, dass die Pläne der amtierenden rot-grünen Landesregierung das Papier nicht wert sind, auf dem sie gedruckt sind.

Wieder einmal haben wir zu verzeichnen, dass die Finanzplanungskompetenz dieser Landesregierung gegen null tendiert. Wer sich auf die von ihr vorgelegten Zahlen verlässt, ist verlassen. Das gilt nicht nur für die Abgeordneten der Oppositionsfaktionen. Nein, meine Damen und Herren, liebe

Kolleginnen und Kollegen, das gilt für jeden Abgeordneten in diesem Parlament.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben und vielleicht sogar das wichtigste Recht dieses Parlaments als Vertreter des Volkes, des Souveräns, ist das Budgetrecht. Wie aber sollen wir dieses Budgetrecht verantwortungsvoll ausüben können, wenn uns nicht belastbare Zahlen und schöngerechnete Einnahmeerwartungen vorgelegt werden?

Wieder einmal gesteht die Landesregierung mit der Vorlage des zweiten Nachtragshaushaltes ein, dass ihre Annahmen und Planungen falsch waren. Das ist nicht das erste Mal, wie der Kollege Diegel gerade sehr zutreffend ausgeführt hat. Wenn sich in diesem Land nicht schleunigst etwas ändert, wird es auch nicht das letzte Mal gewesen sein, dass die Planung und Realisierung erheblich voneinander abweichen.

Meine Damen und Herren, das wäre vielleicht nicht schlimm, wenn es sich um 10 € handelte; das Ganze hat aber eine Dimension erreicht, die einem den Atem verschlägt: 1,5 Milliarden € Steuereinnahmen nach der November-Steuerschätzung weniger, als die Landesregierung mit ihrem Haushaltsentwurf 2004 nicht nur dem Parlament, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft machen wollte, 750 Millionen € weniger als noch im ersten Nachtragshaushalt im Juli 2004.

Zusätzlich zu den von der FDP seit vielen Jahren geforderten Rückstellungen für Pensionen wird der Haushalt um weitere 80,2 Millionen € Mehrausgaben belastet.

Meine Damen und Herren, insgesamt sollen wir dieser Regierung zwischen dem ersten und dem zweiten Nachtrag für den Haushalt 2004 einen weiteren Fehlbetrag von 830 Millionen € durchgehen lassen und nachträglich, nach Abschluss des Haushaltsjahres 2004, legitimieren.

Das besonders Schlimme daran ist die Methode, die dahinter steckt. Ich bin fast geneigt zu behaupten, dass die Regierung keine seriöse Finanz- und Etatplanung mehr betreiben kann. Auch mit Blick auf den Nachtrag für 2005 können wir bereits heute feststellen, dass die Steuereinnahmen um fast 1,4 Milliarden € und damit erheblich überschätzt wurden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ich möchte mich in diesem Punkt sehr eindringlich gerade an Sie wenden. Sie sind gewählte Vertreterinnen und Vertreter unseres Landesvolkes wie wir Abgeordneten von der Opposition auch. Sie haben nicht

nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Regierung mit uns gemeinsam zu kontrollieren. Sie legt dem Parlament einen Nachtragshaushalt mit folgendem Strickmuster vor:

Im Haushaltsjahr 2004 hat die Regierung mehr Geld ausgegeben, als das Parlament ihr erlaubt hat. Ich sollte es noch genauer sagen: Diese Erlaubnis haben insbesondere Sie von der SPD und den Grünen ausgesprochen.

Meine Damen und Herren, damit ist klar, dass die Landesregierung die Erlaubnis dieses Parlaments missachtet hat. Deswegen bin ich der festen Auffassung, dass wir das allein aus dem Selbstverständnis der Demokratie und des Parlaments heraus nicht durchgehen lassen dürfen und nein sagen müssen.

Zu der Frage, ob das verfassungsrechtlich zulässig ist - die Kollege Diegel gerade gestellt hat -, gebe ich unumwunden zu: Auch ich habe erhebliche Bedenken, dass dieses Verfahren verfassungskonform ist.

Wir als FDP haben bereits gesagt, dass der Haushalt 2004 ohnehin verfassungswidrig ist, allerdings aus einem ganz anderen Grund, der nichts mit diesem Verfahrensaspekt zu tun hat. Wir haben uns vielmehr darauf bezogen, dass die Überschreitung der verfassungsrechtlich gebotenen Kreditobergrenze mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründet wurde. Wir haben von vornherein gewarnt, dass der Haushalt immer noch verfassungswidrig ist, wenn die Kreditmittel nicht dafür aufgewandt werden, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwenden.

Dazu muss man ganz klar feststellen, dass das in der Vergangenheit nicht passiert ist und wir nach wie vor steigende Arbeitslosenzahlen haben. Der Finanzminister hat bei der Einbringung des Nachtragshaushalts und der vielen Haushalte in dieser Legislaturperiode immer zur Begründung, zur Rechtfertigung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts angeführt, dass die Zahl der Arbeitslosen in NRW dramatisch angestiegen ist - mittlerweile auf über 1 Million Menschen. Ich finde es unerträglich, dass wir das nicht endlich in diesem Parlament einmal offen ansprechen.

Wenn ich dann höre, dass Kollegin Walsken sagt: "Wir haben ein Einnahmeproblem", muss ich erwidern: Darüber haben wir schon bei der Beratung der Haushalte diskutiert. Natürlich haben wir ein Einnahmeproblem - das sei zugestanden; das habe ich auch damals schon ausdrücklich gesagt -, aber genau deshalb, weil wir so viele Menschen ohne Beschäftigung haben. Wenn Sie die-

ses Einnahmeproblem endlich einmal angehen würden, wäre das wirklich im Interesse aller Menschen in diesem Land und würden Sie mit Sicherheit auch die Unterstützung der Opposition dafür bekommen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen von SPD und Grünen! Ich finde es angesichts dieser dramatischen Probleme in unserem Land im Bereich der Bildung, der Infrastruktur und insbesondere bei der hohen Zahl der beschäftigungslosen Menschen schon bemerkenswert, dass Kollege Jäger heute Morgen in einem anderen Zusammenhang sogar das Qualitätskriterium der schauspielerischen Fähigkeiten für Regierungsmitglieder anführt. Die Menschen in diesem Lande wollen nicht mehr "bespaßt" werden, sie wollen endlich, dass wir die Probleme in diesem Land lösen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Kollegin Walsken hier sagt: "Meine Damen und Herren, wir haben kein Ausgabenproblem", kann ich dem nur ganz klar entgegenhalten: Solange wir in diesem Landeshaushalt Geldmittel für Waldpädagogik unter Gender-Aspekten haben

(Zurufe von den GRÜNEN)

und solange in diesem Haushalt steht, dass wir Steinkohle subventionieren, solange haben wir in diesem Haus auch ein Ausgabenproblem.

(Beifall bei der CDU - Edith Müller [GRÜNE]: Bravo!)

Insgesamt stellen wir fest: Die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wird mit keinem der von Ihnen aufgenommenen Kredite auch nur im Ansatz und schon gar nicht erfolgreich bekämpft. Wenn wir weiterhin die zunehmenden Schulden sehen, die Sie für dieses Land und für nachfolgende Generationen ansammeln, immerhin 105 Milliarden € bis heute, so wird damit nicht nur gegen unsere Verfassung verstoßen, sondern ist das auch unmoralisch. Sie ersticken jegliche Gestaltungsoptionen, jegliche Freiheiten für nachfolgende Generationen.

Wir als Freie Demokraten werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. Wir wollen endlich Schluss machen mit diesem laxen Umgang mit der Zukunft der Menschen in diesem Land, die keine Beschäftigung haben, mit dem laxen Umgang mit den Menschen, ihrem Schicksal und ihrer Zukunft, die eine vernünftige Ausbildung haben wollen. Wir hoffen, dass wir für dieses Land und für die Menschen, die hier leben, auch tatsächlich einen Politikwechsel, einen Kurswechsel bekommen, zu dem Sie trotz aller Lippenbekenntnisse nicht in

der Lage sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf den 22. Mai 2005.

(Beifall bei FDP und CDU - Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir auch!)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Müller.

**Edith Müller (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Diegel, Sie haben uns mit Ihrem Gutachter im Rücken vorgeworfen, wir würden die Gestaltungsfunktion des Parlaments einschränken oder auf null führen. Würden Sie diesem Plenum vielleicht sagen, wie viele Änderungsanträge Sie im Haushaltsberatungsverfahren seit November gestellt haben?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Viele!)

Oder Sie, Frau Freimuth: Würden Sie diesem Plenum und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes einmal sagen, wie viele Änderungsanträge Sie in diesem Haushaltsverfahren gestellt haben? Soll ich antworten? - Sie, Frau Freimuth, haben überhaupt keinen Antrag gestellt, und Ihre Fraktion, Herr Diegel, hat sich immerhin bemüht gefühlt, einen Deckungsantrag über 300.000 € zu stellen, um die Stellen in der Finanzverwaltung, die wir wollen, zu finanzieren. Und da reden Sie davon, dass der Landeshaushalt und das Parlament in seiner Gestaltungsfunktion eingeschränkt werden. Ihre Gestaltungsfähigkeit war geradezu null. Verschanzen Sie sich nicht hinter einem Gutachten von Herrn Birk, um gegen Ihre Ideenlosigkeit in Bezug auf die Klärungen unserer Haushaltsprobleme zu argumentieren. Da ziehen Sie den Kürzeren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Helmut Diegel [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Fragen lasse ich jetzt nicht zu, weil ich die Antworten gleich gegeben habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will zunächst einmal feststellen, was wir mit diesem Nachtragshaushalt auf der Ausgabe Seite bewirken.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Frau Kollegin.

**Edith Müller (GRÜNE):** Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Wir haben 300 kw-Vermerke im Bereich der Justiz verlängert und damit eine deutliche Entlastung für die Justizbehörden organisiert. Wir haben den Landesbetrieb Wald und

Holz auf den Weg gebracht. Wir haben zusätzlich 1.254 Stellen für Lehramtsanwärter zur weiteren Verbesserung der Unterrichtssituation an unseren Schulen auf den Weg gebracht. Und wir erhöhen die Ansätze für die offene Ganztagschule um 8,3 Millionen €, um die starke Nachfrage zu bedienen. All das ist haushaltsneutral und wird durch Minderausgaben an anderer Stelle gedeckt.

Wir haben mit Zustimmung der Opposition - das werde ich nicht verkennen - 210 neue Stellen in der Finanzverwaltung beschlossen, um die Einnahmeposition an dieser Stelle zu verbessern. Ich wiederhole es: mit Zustimmung der Opposition. Auch das ist ein wichtiges Signal auf der Einnahmeseite unseres Haushalts: die Finanzverwaltung zu stärken.

Wir haben den Weg für eine moderne Ausstattung der Polizei mit Digitalfunk freigemacht. Wir haben Mittel für die Präsentation Nordrhein-Westfalens bei der Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2006 bereitgestellt.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wir haben die Härtefallkommission bis 2007 abgesichert. Last but not least haben wir nicht verausgabte Mittel des Landesjugendplanes aus dem Jahr 2004 für das Jahr 2005 zusätzlich bereitgestellt. Auch hier werden wieder Fahrten zu den Gedenkstätten von Verbrechen des Nationalsozialismus, die durch Schulklassen organisiert werden, finanziert.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Und wir haben die Weiterbildung bezüglich der Begehren der Volkshochschule abgesichert; auch das ist notwendig.

Ich möchte betonen: All diese Mehrausgaben sind durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert worden. Wir haben kein frisches Geld in die Hand genommen.

Meine Damen und Herren, es ist unverkennbar: Ich glaube, niemand, auch meine Fraktion und ich nicht, können die großen Sorgen zurückweisen, die es uns bereitet, dass die Neuverschuldung in den Jahren 2004/2005 erneut entscheidend steigt. Wir halten uns in diesem Zusammenhang an die von uns ausgebrachte Haushaltlinie, lediglich konjunktur- und steuerbedingte Mindereinnahmen durch eine Neuverschuldung zu decken.

Man muss sagen, dass wir auf der Einnahmeseite leider keine Steuerungsmöglichkeit haben. Wir sind nicht in der Lage, die Steuergesetze aus unserer Kompetenz heraus so zu verändern, dass

Steuermehreinnahmen zu generieren wären. Das wird alles auf Bundesebene entschieden.

(Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

- Jaja, Herr Diegel. Sie sagen: Damit will ich nichts zu tun haben. Sie haben aber nun einmal leider etwas damit zu tun.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Auf Bundesebene spielen Sie im Bundesrat mit. Sie waren diejenigen, die im Bundesrat verhindert haben, dass wesentliche Maßnahmen zum Subventionsabbau durchgesetzt werden konnten. Diese wären 1:1 cash in unseren Haushalt geflossen, soweit es den Anteil des Landes anbelangt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das, was wir in Nordrhein-Westfalen als Phänomen beklagen, ist kein ureigenes Phänomen von Nordrhein-Westfalen. Es ist auch kein singuläres Phänomen einer rot-grün geführten Landesregierung. Ich möchte betonen, dass wir für 2005 einen verfassungskonformen Haushalt auf den Weg bringen, während vier Länder - davon drei CDU-regierte Länder - verfassungswidrige Haushalte auf den Weg bringen. Es handelt sich dabei u. a. um Hessen, Niedersachsen, das Saarland und - um das nicht zu vergessen - das von SPD und PDS regierte Berlin. Dies zeigt, dass auch die Opposition nicht immer die großen Einfälle hat, wenn es um die Lösung der Finanzprobleme der Landeshaushalte geht. Sie tut nur immer so.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Als Ursachen auf der Einnahmenseite haben wir die eindeutig geringeren Einnahmen und das wirklich schwache Wirtschaftswachstum zu beklagen. Ich möchte an dieser Stelle aber auch in Erinnerung rufen: Die CDU hat in ihre Programme geschrieben, wie es zu einem höheren Wirtschaftswachstum kommen soll. Mindestens drei Seiten habe ich gestern noch einmal nachgelesen. Ich bin auch für ein höheres Wirtschaftswachstum. Ich warne an dieser Stelle aber vor einer Illusion. Sehen Sie also genau hin.

Wenn das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik um einen Prozentpunkt steigt: Wie viele Einnahmen hat Nordrhein-Westfalen davon? Das sind rund 450 Millionen € bei 1 % Wirtschaftswachstum.

(Manfred Palmen [CDU]: 1 % von zehn Milliarden ist mehr!)

Die Nachhaltigkeitslücke, die wir in unserem Landeshaushalt beklagen, beträgt rund 5 Milliarden €. Diese können wir nicht mit 1 oder 2 % Wirt-

schaftswachstum schließen. Dafür sind ganz andere Maßnahmen erforderlich. Pochen Sie deshalb an dieser Stelle nicht immer darauf, dass die fehlenden Beträge auf der Einnahmenseite von uns selbst verschuldet wären. Sie wissen durch die Beteiligung an anderen Landesregierungen, wie schwierig es ist, Wachstum anzukurbeln. Sie wissen auch, dass die wesentlichen Effekte im Export und leider nicht bei der Binnennachfrage gelandet sind. Darauf muss unser Landeshaushalt entsprechend reagieren.

Ich will an dieser Stelle noch eines hinzufügen, weil sich die Opposition nicht scheut, immer wieder von Steuervergünstigungen und Steuersenkungen zu reden. Mit uns können Sie an dieser Stelle nur haushaltsneutral verhandeln. Wir werden keine weiteren Steuersenkungen zulassen, die die öffentlichen Haushalte in eine weitere Schieflage bringen. Wenn es darauf ankommt, die Unternehmenssteuern in Angriff zu nehmen, dann soll dies bitte in Bezug auf die Bemessungsgrundlage EU-weit harmonisiert geschehen. Ich werde von meiner Fraktion und von den Grünen keinen Kurs unterstützen, der an dieser Stelle ohne Ansehen von Verlusten für die Landeshaushalte beschritten wird.

Ich möchte noch etwas zur Strukturreform sagen. Sie werfen uns vor, wir hätten in diesem Haushaltsverfahren keine Strukturveränderungen vorgenommen. Ich aber sage Ihnen: Im Unterschied zu Ihren hohlen Überschriften haben wir einiges gemacht. Sie nennen in Ihrem Antrag zur Strukturreform aus dem Juli des letzten Jahres den Verzicht auf staatliche Aufgaben. Auf welche bitte? Sie sprechen von Delegation oder Privatisierung. Welche bitte? Sie sprechen von Vereinfachung und Neustrukturierung der Verwaltungsstrukturen. Welche bitte?

Wir hingegen haben die Reform des öffentlichen Dienstes in Angriff genommen.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wir haben neue Steuerungsinstrumente in Angriff genommen. Wir haben die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitikreform auf den Weg gebracht. Wir haben die Reform der Polizeistruktur auf den Weg gebracht und sind dabei, sie umzusetzen. Sie können uns an dieser Stelle wahrlich nicht vorwerfen, wir hätten nicht genügend Initiativen ergriffen, um unseren Landeshaushalt auch auf der strukturellen Seite, auf der Ausgabenseite zu verbessern.

Unsere Haushaltspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass wir realistisch denken und menschlich handeln. Das zeigt dieser Nachtragshaushalt ge-

nauso wie alle anderen Haushalte dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Manfred Palmen [CDU]: Erzählen Sie einmal etwas zu den Schulden!)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dieckmann.

**Jochen Dieckmann, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache keinen Hehl daraus, dass es immer von einer gewissen Spannung ist, wenn Herr Kollege Diegel in Haushaltsberatungen an dieses Pult tritt. Er hatte heute schon via Presseerklärung einen bis zwei Knaller angekündigt. Diese sind bisher noch nicht gezündet. Insofern war ich ein bisschen enttäuscht.

Vollends überrascht hat mich Herr Diegel allerdings, als er seine Redezeit - es müssen fast 14 Minuten gewesen sein - zur vorschlags- und antragsfreien Zone gemacht hat. Herr Diegel, Sie haben das Kunststück fertig gebracht, eine Summe von Verdächtigungen, Anwürfen, Behauptungen, Thesen und Allgemeinheiten aneinander zu reihen, die nicht geeignet ist, die realen Probleme dieses Landes und seines Haushaltes zu lösen - in keiner Weise.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich jetzt auf das Wesentliche konzentrieren. - Die Landesregierung hat zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Vorschläge gemacht. § 33 der Landeshaushaltsordnung, der geltendes Recht ist - wir können das ändern; bisher erkenne ich dafür aber keine Anzeichen -, sieht vor, dass Haushaltsentwürfe vor dem Ende des laufenden Haushaltsjahres eingebracht werden. Das ist geschehen. Alles andere ist Gegenstand des Verfahrens und Ergebnis des Verfahrens, das der Ältestenrat, wie betont worden ist, einvernehmlich verabredet hat.

Was den Vorwurf angeht, wir hätten Kredite ohne Ermächtigung aufgenommen, so möchte ich zunächst einmal daran erinnern, Herr Diegel, dass der Ausgaberrahmen des Jahres 2004 nicht überschritten worden ist. Es ist keine Ausgabenposition des Jahres 2004 überschritten worden. Das ist das Kernbudgetrecht des Landtags. Das hat man zu wahren, und das ist auch gewahrt worden.

Der verbleibende Punkt der Kreditaufnahme ist Gegenstand einer Ermächtigung, wie sie in § 5 des jährlichen Haushaltsgesetzes enthalten ist.

Darin ist vorgesehen, dass Kassenverstärkungskredite aufgenommen werden. Auf diese Weise gibt es immer eine Ermächtigung, bis zu 8 % des Haushaltsvolumens an Krediten aufzunehmen. Sie sollten das beherzigen, bevor Sie hier so großmundige Anwürfe an seriöse Menschen starten.

Der zweite Punkt, an dem mir gelegen ist, ist der, dass wir nach wie vor in Anspruch nehmen können, in der schwierigen Situation alles zu unternehmen, um sowohl auf der Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite zum Wohle des Landes Fortschritte zu erreichen.

Es ist noch nicht erwähnt worden - das möchte ich aber betonen -, dass der Landeshaushalt 2005 gegenüber dem Landeshaushalt 2004 einen Rückgang der Ausgaben in Höhe von 1,7 % beinhaltet -1,7 % weniger Ausgaben im Jahre 2005 gegenüber 2004. Das ist eine Menge.

Man muss dabei nur die durchlaufenden Posten herausrechnen, wie sie sich insbesondere durch die Zahlungen in Zusammenhang mit der WestLB AG und Ausgleichzahlungen bei Hartz IV ergeben. Das ist eine große Anstrengung der Landespolitik. Das verdient hier auch erwähnt zu werden.

Herr Diegel, was nun die Einnahmesituation angeht, so haben Sie wieder kräftige Farben zusammengemischt. Sie vernachlässigen dabei eine Einsicht, die ich mehrfach von dieser Stelle aus in Erinnerung gerufen habe: Nordrhein-Westfalen ist keine Insel. Es geht hier nicht um das individuelle Schätzvermögen eines einzelnen Finanzministers oder seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bundesweit sind die Einnahmeerwartungen insgesamt drastisch zurückgenommen worden. Bezogen auf den Mai 2000 sind die Erwartungen für das Jahr 2004 bundesweit um mehr als 100 Milliarden € zurückgenommen worden.

Für 2005 sind die Steuererwartungen, bezogen auf die Annahmen im Mai 2001, immerhin noch um rund 80 Milliarden € zurückgenommen worden. Damit ist, glaube ich, hinreichend deutlich, dass wir hier keine Insel darstellen, wie ich das der Einfachheit halber gerne formuliere.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Nun komme ich zum Kern Ihrer Anklage. Jetzt hat Herr Diegel ein Geheimpapier gefunden. Meine Güte, es ist ein Erlass des Finanzministers an die Kabinettskollegen. Er ist angekündigt und löst das auf, was Ihnen in der mittelfristigen Finanzplanung vorgelegt worden ist. In der mittelfristigen Finanz-

planung sind nämlich globale Annahmen jetzt aufgelöst in Regierungshandeln.

In der starken Zuversicht, nein, in der Gewissheit, dass wir, die linke Seite des Hauses und diese Koalition, auch nach dem 22. Mai gemeinsam die Verantwortung tragen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

habe ich die entsprechenden Vorarbeiten für den Haushalt 2006 und 2007 aufgenommen. Dazu gehört auch die Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, die globalen Annahmen der mittelfristigen Finanzplanung zu konkretisieren.

(Manfred Palmén [CDU]: Da haben Sie sich auch verschätzt!)

Das ist eine der Aufgaben, die man als Regierungsmitglied hat. Das ist das Gegenteil von "geheim". Es ist Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit in der besten Art.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass die Landesregierung auch in diesem Gesetzentwurf ihre Linie weiter verfolgt hat, alles, was in Zusammenhang mit Steuermindereinnahmen steht, durch Kreditaufnahme zu finanzieren, so schwer es uns fällt, und alle anderen strukturellen Mehrausgaben im wahrsten Sinne des Wortes durch Leistungen aller Ressorts einzusparen, was große Anerkennung verdient. Was bleibt, ist unser Bedauern darüber, dass die Opposition keinerlei Vorschläge macht.

Frau Freimuth, wenn Sie zu so starken Adjektiven greifen wie dem Wort "unmoralisch", dann muss ich sagen: Wer sich hierhin stellt, über eine Viertelstunde lang redet und keinen Vorschlag zum Subventionsabbau macht, wie er zurzeit mit der Eigenheimzulage anhängig ist, keinen Vorschlag zur Konkretisierung über das hinaus macht, was der Oppositionsführer der CDU in seiner Leidenschaft für das Ungefähre anzubieten hat, der handelt unmoralisch. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Dr. Klose.

**Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zur Verfassungsfrage machen.

Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts aus dem Jahre 2003, in der wesentliche Regelungen der Haushaltsgesetze 2001 und 2002

für verfassungswidrig erklärt worden sind, lag es einfach nahe, noch einmal die Verfassungsgemäßheit des Nachtragshaushalts in die Prüfung einzubeziehen.

Dass man sich dann an den Wissenschaftler wendet, der national und international zu den angesehensten Steuerrechtlern gehört und der in Münster seinen Beruf ausübt, nämlich Prof. Dieter Birk, war nahe liegend. Ich halte es dann für wenig glücklich, Frau Kollegin Walsken, wenn Sie vom Haus- und Hofgutachter sprechen. Ich würde mir wünschen, dass die Landesregierung gelegentlich einen Wissenschaftler solchen Ranges in Anspruch nehmen würde, um die Verfassungsgemäßheit Ihrer haushaltspolitischen Vorschläge prüfen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend ist - das ist neu an dem Gutachten von Prof. Birk, das Sie auch nachprüfen und nachlesen können - nicht nur das, was Kollege Diegel schon vorgetragen hat, sondern dass die Verfassungswidrigkeit des Nachtragshaushaltes, gemessen an den Grundsätzen, die die Entscheidung des Verfassungsgerichtes dargelegt hat, offensichtlich nicht beachtet worden ist.

Ich frage mich allerdings, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, aber auch die anderen Mitglieder der Landesregierung: Wie verfassungsblind muss man eigentlich sein, eine Rechtsprechung, die seit Jahren auf dem Tisch liegt und die in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steht, zu ignorieren? Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Auch das zerstört die Glaubwürdigkeit der Menschen in die Haushaltspolitik eines Landtags.

Meine Damen und Herren, Birk sagt sinngemäß: Übertroffene Bedeutung hat jedoch die Sicherung des parlamentarischen Budgetrechtes. Die Entscheidungskompetenz des Parlaments darf nicht durch schwer wiegende Vorfestlegungen der Exekutive außer Kraft gesetzt werden. Das Bewilligungsrecht wird mit über die bisherige Ermächtigung hinausgehenden Kreditaufnahmen durch die Landesregierung vollständig ausgehöhlt, da die die Regierung tragende Parlamentsmehrheit faktisch gezwungen wird, den Haushalt nachträglich zu genehmigen.

Genau das ist der Kernpunkt. Hier hilft Ihnen auch nicht die Landshaushaltsordnung, Frau Kollegin Walsken.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Auch Sie müssten begreifen, dass das Landshaushaltsrecht ein Normengefüge ist, das unter

der Verfassung liegt und von der Verfassung dirigiert wird. Die Verfassung kann man nicht einfach übersehen; die hat man zu beachten.

(Beifall bei der CDU)

Ein Blick in die Parliamentsgeschichte zeigt, dass seit Mitte des 19. Jahrhunderts das aufsteigende Bürgertum in einer liberalen Demokratie hauptsächlich darum bemüht war, das Haushaltsrecht, das Budgetrecht des Parlaments im Sinne einer staatsleitenden Funktion des Parlaments zu festigen. Insofern darf man das nicht rückblickend oder bezogen auf die hiesige Haushaltssituation ignorieren. Das hat man ernst zu nehmen, wie schwierig die haushaltspolitische Lage auch immer sein mag. Wenn man das nicht akzeptiert, dann trägt man mit dazu bei, dass das Parlament in seinen Wirkungsfunktionen weitergehend eingeschränkt wird und es sogar zur Abschaffung der parlamentarischen Kompetenz kommen kann.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat immer wieder Verfassungsfragen nicht berücksichtigt. Nun sind Sie wiederholt belehrt worden, dass das nicht geht. Ich meine schon, dass die Verantwortung bei Ihnen liegt, dem Aspekt der Verfassungsgemäßheit mehr Bedeutung und mehr Ernst einzuräumen, als das bisher geschehen ist.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU):** Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Sie versündigen sich sonst an dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Ein letztes Wort an Frau Walsken! Sie haben gesagt, wenn ich das richtig notiert habe: Wir bleiben unserer Linie treu. - Stimmt leider! Ich würde Ihnen wünschen - aber das werden andere Mehrheitsverhältnisse besser besorgen können -, dieser Linie nicht länger treu zu bleiben. Das würde dem Wohl unseres Landes dienen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Klose. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der Beratung.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf in der Drucksache 13/6200 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/6600**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlüsse zur zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für diesen Beschlussvor-

schlag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktion **angenommen** und der Gesetzentwurf in der Drucksache 13/6200 in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf in den Drucksachen 13/6201 und 13/6286 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/6601**, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse zur zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen** und der Gesetzentwurf in den Drucksachen 13/6201 und 13/6286 in zweiter Lesung verabschiedet.

Gemäß § 77 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die **dritte Lesung** des Nachtragshaushaltsgesetzes in der Plenarsitzung am 24. Februar 2005, also **morgen**, durchzuführen. Beratungsgrundlage für die dritte Lesung werden, da eine Rücküberweisung der Gesetzentwürfe nicht vorgesehen ist, die Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung, also die Drucksachen 13/6600 und 13/6601, sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verlassen nun diesen Tagesordnungspunkt, und ich rufe auf:

## **7 Leben und Wohnen im Alter - Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung ziehen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6584

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Sahnen von der CDU das Wort.

**Heinz Sahnen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag ist einerseits eine Antwort auf die für jeden erkennbare demographische Entwicklung - ich finde, man kann schon "demographische Explosion" sagen -, die wir beobachten können, und andererseits das Ergebnis der Auswertung unserer Großen Anfrage

zum Thema "Wohnen im Alter" vom Mai vergangenen Jahres.

(Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren, in der Gesellschaft wurden die radikalen demographischen Veränderungen lange Zeit verdrängt. Heute ist die Politik immer mehr gefordert, Antworten auf die Entwicklung zu geben. Fast alle gesellschaftlichen Bereiche sind von den unaufhaltsamen Veränderungen erfasst. Gerade die Wohnungspolitik und die Wohnungswirtschaft stehen vor besonderen Herausforderungen.

Heute zeigen sich die demographischen Veränderungen in radikaler Form. Für notwendige Antworten gibt es keine Vorbilder, keine Muster, und es gibt auch keine Gegenwartsvergleiche.

Wir haben unseren Überlegungen deshalb drei Leitbilder vorangestellt:

Erstens. Wir wollen, dass älteren Menschen so lange wie möglich das Wohnen in den eigenen vier Wänden erhalten bleibt.

Zweitens. Wir wollen nicht, dass ältere Menschen im Regelfall in Altenheime abgeschoben werden.

Drittens. Wir wollen, dass sozial gemischte Bewohnerstrukturen erhalten bleiben bzw. geschaffen werden und somit sogenannte Rentnersiedlungen, die es in verschiedenen Bereichen gibt, einfach vermieden werden.

Aus unserer Sicht sind damit für die Wohnungswirtschaft drei Ableitungen verbunden:

Erstens. Bestehende Wohnungsbestände sind soweit wie möglich seniorengerecht umzugestalten. Entsprechende Anpassungen reichen von kleineren baulichen Veränderungen bis hin zu größeren Sanierungsmaßnahmen.

Zweitens. Im Rahmen der Neubautätigkeit muss die Wohnungswirtschaft für eine alternde Gesellschaft mehr Wohnraum zur Verfügung stellen. Der auch schon seit mehreren Jahren richtig verfügte Anspruch auf Barrierefreiheit muss konsequent umgesetzt werden. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass gerade in den Wohnungen eine größere Mobilität ermöglicht wird. Dies gilt in besonderer Weise z. B. für behinderte ältere Menschen.

Drittens. Weil vor allem die Zahl der Hochbetagten, das heißt, der Mitbürgerinnen und Mitbürger im Alter von über 75 Jahren, sehr stark ansteigt, erfahren die Betreuung und Pflege eine zunehmende Bedeutung. Bisherige Wohnmuster, wie Altenwohnheime oder Altenpflegeheime, müssen